



---

## **Roland Schäfer**

Präsident des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-  
Westfalen

Bürgermeister der Stadt Bergkamen

**Ansprache zum Gemeindekongress 2010 des Städte- und  
Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen  
am 23. März 2010 in der Messe Essen**

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort*

---

Sehr geehrter Herr Minister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Leistungsstark und bürgernah – Kommunen in stürmischer Zeit.“ Das ist das Motto, das wir unserem Gemeindekongress 2010 gegeben haben. Ein Motto, das deutlich macht: Die kommunale Familie lässt sich nicht unterkriegen. „Leistungsstark und bürgernah“ wollen wir sein und bleiben, auch in Zeiten knapper Kassen, auch wenn der Wind von vorne bläst.

Nie war es so wichtig wie heute, dass die kommunale Familie zusammensteht und gemeinsam für die Interessen der Städte und Gemeinden eintritt.

Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass so viele Delegierte in die Grugahalle gekommen sind. Ihre Teilnahme am Gemeindekongress zeigt mir: Sie wollen sich einbringen, wollen aktiv mittun in Ihrem Verband, im Städte- und Gemeindebund.

Der Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen von 359 Kommunen in Nordrhein-Westfalen und über 9 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Damit sind wir der größte kommunale Spitzenverband in der Bundesrepublik.

---

Erfolgreich arbeiten wir aber nur dann, wenn wir wissen, was unsere Mitglieder bewegt, was die Probleme vor Ort sind. Deshalb brauchen wir den Gemeindekongress: Hier kommen wir zusammen, können uns gegenseitig rückkoppeln: Ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte, die Mitglieder in den Gremien unseres Verbandes, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle.

Ein besonderer Höhepunkt ist das Gala-Dinner heute Abend. Hier stehen nicht Essen und Trinken im Vordergrund – obwohl ich mir habe sagen lassen, dass unser Hauptgeschäftsführer einen guten Wein aus seiner Heimat Baden-Württemberg ausgesucht hat.

Heute Abend geht es um etwas anderes: Wir erwarten über 900 Gäste aus Kommunal- und Landespolitik, aus der Wirtschaft und dem öffentlichen Leben. Das gibt uns die einmalige Gelegenheit zum Austausch über fachliche und räumliche Grenzen hinweg. Das Gala-Dinner soll eine Kontaktbörse sein, ein Forum für neue Ideen. Nutzen Sie dieses Angebot Ihres Verbandes, nehmen Sie neue Anregungen mit nach Hause, für Ihre Arbeit in den Städten und Gemeinden.

---

Eine Arbeit, die in diesen Tagen nicht immer ganz einfach ist.

Ich sagen Ihnen nichts Neues: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist in den Kommunen angekommen – und zwar mit Wucht.

Die Städte und Gemeinden haben gewaltige Einnahmerückgänge zu verkraften.

Allein die **Gewerbesteuer** ist im Vorjahresvergleich um durchschnittlich 20 Prozent gesunken. In manchen Städten sogar um bis zu 60 Prozent. Und die Talfahrt ist noch lange nicht vorbei

Im Gegenteil: Für 2010 erwarten wir – verglichen mit 2008 – einen weiteren Rückgang von 15 Prozent **aller Steuern und steuerähnlichen Einnahmen**.

**Die Konsequenzen sind erschreckend: Nach unserer aktuellen Haushaltsumfrage kommt es 2010 zu einem drastischen Anstieg bei der Zahl der Kommunen in der Haushaltssicherung. Während sich im Jahr 2009 44 StGB NRW-Mitgliedskommunen in der Haushaltssicherung befanden, werden es in diesem Jahr mehr als 140 sein. Wahrscheinlich wird nur jedes fünfte (!) Haushaltssicherungskonzept genehmigt werden; dies bedeutet, dass knapp 120 Mit-**

---

**gliedskommunen unter den restriktiven Bedingungen des Nothaushaltsrechts arbeiten müssen (2009: 34 Kommunen). Alleine in diesem Jahr wird mehr als jede dritte Mitgliedskommune ihre Ausgleichsrücklage aufgezehrt haben – insgesamt werden es dann schon über 50% der Städte und Gemeinden sein, die nicht mehr über eine Ausgleichsrücklage verfügen. Diese Zahl steigt bis 2012 auf über 80% an.**

Wer sich in der Kommunalpolitik auskennt, weiß: Einnahmeausfälle hat es auch schon früher gegeben. Wir haben gelernt, damit zu leben. Das besondere in diesen Tagen ist aber: Während auf der einen Seite die Einnahmen wegbrechen, explodieren auf der anderen Seite die Ausgaben.

Es sind vor allem die Sozialaufwendungen, die uns zu schaffen machen. Schon 2008 haben die Kommunen in NRW fast 10 Milliarden Euro für Soziales ausgegeben. Im ganzen Bundesgebiet sind es 40 Milliarden Euro pro Jahr – Tendenz steigend!

Ein Grund: 2010 wird die Wirtschaftskrise endgültig auf dem Arbeitsmarkt ankommen. Mehr Arbeitslose bedeuten mehr

---

Hartz-IV-Empfänger und damit höhere Kosten der Unterkunft und Heizung, die wir tragen müssen.

Klar ist: Die Städte und Gemeinden stehen zu ihrer sozialen Verantwortung. Aber so wie bisher kann es nicht weitergehen. Wenn die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter auseinandergeht, ist das eine Zerreißprobe, die wir nicht bestehen können!

Was ist zu tun? Wie können wir die Abwärtsspirale unterbrechen? Wie schaffen wir es, dass die Städte und Gemeinden auch in Zukunft noch „leistungsstark und bürgernah“ sind?

Entscheidend ist, dass wir dem bodenlosen Fass „Sozialleistungen“ endlich einen Boden einziehen. Wenn wir die Ausgabenseite nicht in den Griff bekommen, sind alle anderen Anstrengungen vergeblich.

Hier ist erst einmal Berlin gefordert. Sozialrecht ist Bundesrecht. Sozialausgaben sind gesamtstaatliche Ausgaben. Sie dürfen nicht alleine an den Kommunen hängen bleiben.

Ein Schritt in die richtige Richtung könnte die Gemeindefinanzkommission sein, die Anfang März eingerichtet wurde. Es ist

---

gut, dass es diese Kommission überhaupt gibt, dass Kommunen, Bund und Länder ins Gespräch kommen.

Die Kommission soll – so steht es im Koalitionsvertrag – Vorschläge zur „**Neuordnung der Gemeindefinanzen**“ erarbeiten. Eine wirklich nachhaltige Neuordnung kann es jedoch nur mit einer Neuordnung der Sozialausgaben geben. Mit diesem Thema beschäftigt sich die Gemeindefinanzkommission aber nur am Rande! Es wird lediglich über „**soziale Standards**“ diskutiert. Das greift zu kurz! Die Kommission muss die Ausgabenseite in den Blick nehmen, die Kommunen spürbar entlasten. Herr Minister Dr. Linssen: Sie sind Mitglied der Kommission. Nehmen Sie unsere dringende Bitte mit nach Berlin: Setzt die Sozialausgaben auf die Tagesordnung.

**So wie in der NRW-Kommission, die Ihre Regierung am 16. März eingesetzt hat! Damit geben Sie ein wichtiges Signal in die kommunale Familie und nach Berlin: Landesregierung und Kommunen treten gemeinsam dafür ein, dass wir endlich zu einer gerechteren Verteilung der Soziallasten kommen. Morgen ist die konstituierende Sitzung der NRW-Kommission: Ich kann Ihnen schon heute versichern: Wir**

---

**werden engagiert mitarbeiten und Sie mit voller Kraft unterstützen, damit wir unsere gemeinsamen Interessen in Berlin durchsetzen können.**

In der Gemeindefinanzkommission des Bundes begegnet uns auch ein alter Bekannter. Unter dem Stichwort „Kommunalsteuern“ sollen wieder einmal Vorschläge zur Zukunft der Gewerbesteuer erarbeitet werden. Wie diese Zukunft aussieht, scheinen einige Vertreter aus Politik und Wirtschaft schon zu wissen: Verzicht auf die Gewerbesteuer, weil sie so unberechenbar sei. Die Wirtschaft will entlastet werden, sagt aber nicht, wer den Ausgleich für die Kommunen finanzieren soll. Wenn es nicht Bürger, Mittelstand und Handwerk sein sollen, dann suchen wir ein Phantom, das alles schultern muss.

Ich sage ganz deutlich: Solange die Gewerbesteuer nicht zu 100 % kompensiert wird – Finger weg!

Ich bin froh, dass wir in dieser Frage eine prominente Unterstützerin haben. Auf der 100-Jahr-Feier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat die Bundeskanzlerin klar Position bezogen. **„Die Gewerbesteuer bleibt unangetastet, wenn wir nichts Besseres finden“**. Wir werden Angela Merkel beim Wort nehmen!

---

Die Stabilisierung der Kommunalfinanzen ist eine Aufgabe, die alle staatlichen Ebenen angeht. Johannes Rau hat es einmal so formuliert: **„Am Zustand der Kommunen lässt sich ablesen, wie es dem ganzen Land geht.“** Deshalb muss sich auch die Landesregierung ihrer Verantwortung stellen, darf die Städte und Gemeinden nicht im Regen stehen lassen.

Die Bürgerinnen und Bürger begegnen ihrem Staat zuallererst in den Kommunen. Die Städte und Gemeinden sind die Bürgerebene. Hier wird Demokratie gelebt, hier engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen. Hier finden die Menschen Heimat und Identität – gerade in Krisenzeiten! Deshalb ist es so wichtig, dass die Kommunen auch in wirtschaftlich problematischen Zeiten für ihre Bürgerinnen und Bürger da sind, dass sie ehrenamtliche Arbeit fördern, dass Kunst und Kultur weiterhin Freiräume haben.

Wenn Ehrenamt, Sport, Kunst und Kultur in unseren Städten keinen Platz mehr haben, rauben wir unserem Gemeinwesen die Seele. Das kann niemand wollen.

Kommunen sind mehr als bloße Verwaltungseinheiten. Deshalb sind Zuschüsse für Vereine, für kulturelle Einrichtungen, ehrenamtliches Engagement und Sozialarbeit keine freiwilligen Aufgaben. Sie sind Pflichtaufgaben, weil sie den Zusammenhalt

---

unserer Gesellschaft überhaupt erst ermöglichen. Sparen um jeden Preis kann und darf es nicht geben!

Das gilt insbesondere für ärmere Städte und Gemeinden. Nur Kommunen, die über Strahlkraft verfügen, die Kunst-, Kultur- und Sportmöglichkeiten bieten, bestehen im Standortwettbewerb, durchbrechen den Teufelskreis aus sinkenden Einnahmen und steigenden Soziallasten.

Ganz konkret heißt das für mich: Auch arme Städte und Gemeinden müssen in der Lage sein, an öffentlichen Förderprogrammen teilzunehmen – und zwar ohne Eigenanteil.

Mit vorschnellen Rufen nach einem „Entschuldungsfonds“ für arme Kommunen sollten wir aber vorsichtig sein. Gerade die Städte und Gemeinden im kreisangehörigen Raum wissen: Ein solcher Fonds muss irgendwann auch einmal abbezahlt werden.

Ich sage ganz deutlich: Wir bekennen uns zur interkommunalem Solidarität. Einen Freifahrtschein kann und wird es mit uns aber nicht geben.

---

Eine wie auch immer geartete Landeshilfe kann nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Hilfe zur Selbsthilfe, die an klare Bedingungen geknüpft ist. Wer Geld vom Land will und damit auch die Solidarität der kommunalen Familie einfordert, muss die Karten auf den Tisch legen, sein Vermögen offenlegen, Einnahme- und Ausgabeverhalten auf den Prüfstand stellen. Das gilt auch für die wirtschaftlichen Betriebe einer Stadt.

Bund und Land müssen ihrer Verantwortung für die Städte und Gemeinden gerecht werden. Aber auch die Kommunen stehen in der Pflicht, mit eigenen Kraftanstrengungen die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Wir haben in den letzten Jahren vieles erreicht, haben Strukturen angepasst, unsere Verwaltungen noch effektiver gemacht. Daran gilt es anzuknüpfen. Nicht nur, weil wir auf geänderte finanzielle Rahmenbedingungen reagieren, noch sparsamer und effizienter arbeiten müssen, um begrenzte Haushaltsmittel optimal einzusetzen.

Sie alle wissen: Die große Herausforderung der nächsten Jahre ist der demographische Wandel. Leben heute noch über 18 Millionen Menschen in NRW, werden es im Jahr 2040 weniger als

---

17 Millionen sein. Im Ruhrgebiet wird die Bevölkerung bis 2020 um 10 Prozent schrumpfen.

Schon jetzt sehen wir in Teilen unseres Landes, dass Einrichtungen zu groß geworden sind für die heutigen Anforderungen. Die vorhandene Infrastruktur passt nicht mehr in die Zeit, ist zu teuer für die verbliebenen Nutzer.

Wie gehen wir mit diesen Veränderungen um? Wie reagieren wir auf den demographischen Wandel?

Früher als andere hat der Städte- und Gemeindebund diese Fragen gestellt und nach Antworten gesucht. Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung haben wir den Wegweiser „Demografischer Wandel“ entwickelt.

Dabei begreifen wir den Bevölkerungswandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance. Demografischer Wandel heißt nicht, dass die Bevölkerung flächendeckend zurückgeht. Es wird auch Demografiegewinner geben. Gute Chancen haben die Städte und Gemeinden, die attraktiv sind für Zuzügler, wo die Rahmenbedingungen stimmen – für Unternehmen wie für Neubürgerinnen und Neubürger.

---

Wie, werden Sie jetzt fragen, sollen wir denn attraktive Rahmenbedingungen schaffen in Zeiten knapper Kassen, in Zeiten, in denen wir Schwimmbäder, Bibliotheken und Stadthallen schließen müssen?

Patentlösungen gibt es natürlich nicht. Eine Möglichkeit kann die interkommunale Zusammenarbeit sein. Nicht jede Stadt, nicht jede Gemeinde muss alle Einrichtungen selbst vorhalten. In diesem Bereich hat sich viel getan in den letzten Jahren.

In unserem Verband gibt es zahlreiche Beispiele gelungener Kooperationen – gemeinsame Gewerbegebiete, Schwimmbäder oder Feuerwachen zeigen, wie viel Potential in der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit stecken kann.

Und wir haben noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Gerade bei unseren Schulen stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Hier wird der demographische Wandel zu einem massiven Rückgang der Schülerzahlen führen. Wir alle wissen: Ein umfassendes Schulangebot ist entscheidend im Standortwettbewerb um kluge Köpfe und Unternehmen. Land und Kommunen müssen in den kommenden Jahren alles daran

---

setzen, mit flexiblen Lösungen eine flächendeckende Schulstruktur sicherzustellen.

Bevölkerungsrückgang, Finanzkrise, Haushaltslöcher – bei diesen Themen mag man es kaum glauben: Im letzten Jahr gab es auch positive Nachrichten für die kommunale Familie.

Ich denke an das Konjunkturpaket II. In Nordrhein-Westfalen ist es uns gelungen, gemeinsam mit der Landesregierung und den anderen kommunalen Spitzenverbänden, die kommunalfreundlichste Umsetzung in der ganzen Bundesrepublik zu erreichen!

Städte und Gemeinden haben fast 2,4 Mrd. Euro für Zukunftsinvestitionen bekommen. Das sind nahezu 85 Prozent der ausgegebenen Mittel – ein bundesweiter Spitzenwert! Dafür noch einmal herzlichen Dank an die Landesregierung und ganz besonders an Sie, Herr Dr. Linssen.

Sie haben viele Begehrlichkeiten aus den Fachressorts zu Gunsten der Kommunen abgewehrt.

Großes Medienecho hatte unsere Tauschbörse: Funk, Fernsehen und zahlreiche Zeitungen berichteten über unsere Idee, nicht benötigte Investitionsmittel zwischen den Kommunen zu

---

tauschen. Die Tauschbörse wurde zum Vorbild für andere Bundesländer.

Das macht deutlich: Unser Verband hat gute Ideen! Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um Hauptgeschäftsführer Dr. Bernd Jürgen Schneider leisten nicht nur juristisch hochwertige Arbeit, geben unseren Verband eine deutliche Stimme in Düsseldorf. Sie stehen auch für innovative Lösungen und neue Ansätze.

Lieber Herr Dr. Schneider: Gemeinsam mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beweisen Sie auch in diesem Jahr: Sie sind nicht nur engagierte Kämpfer für die kommunale Sache, Sie sind auch hervorragende Organisatoren des Gemeindekongresses! Sie haben richtig daran getan, der Mitgliederversammlung ein zeitgemäßes Format zu geben, die Kommunalmessen in unsere Veranstaltung einzubinden. Ich bin mir sicher: Die Delegierten und Gäste werden die Gelegenheit nutzen und die Messehallen besuchen! Herzlichen Dank der Geschäftsstelle für Ihren Einsatz!

Unser Verband ist erfolgreich, weil wir eine tatkräftige Geschäftsstelle haben. Genauso wichtig ist aber Ihre Mitarbeit, die Mitarbeit der Ratsmitglieder und Hauptamtlichen. Die Ausschuss- und Gremienarbeit wäre nicht denkbar ohne Ihr Enga-

---

gement. In Ihrer Freizeit, neben dem eigentlichen Beruf, bringen Sie sich ein, übernehmen Verantwortung im Städte- und Gemeindebund.

Das verdient Respekt und Anerkennung. Besten Dank für Ihren Einsatz. Bleiben Sie auch in der neuen Kommunalwahlperiode dabei, wir brauchen Sie. Die Arbeit für die kommunale Familie geht nicht aus.

Ganz oben auf unserer Agenda: die Hartz-IV-Neuregelung. Eine endgültige Lösung ist noch immer nicht in Sicht, obwohl die Zeit läuft. Das Bundesverfassungsgericht hat den Bund verpflichtet, bis Ende 2010 festzulegen, wie es mit den Jobcentern weitergeht.

Die Hängepartie geht jetzt ins dritte Jahr. Das ist, nicht nur für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unerträglich. Gerade jetzt, wo die Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt erreicht, brauchen wir eine schlagkräftige Arbeitsverwaltung.

Unsere Position ist klar: Eine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit darf es nicht geben – die Kosten sind für uns nicht zu beherrschen. Klar ist aber auch: Die Kommunen müssen ihr Know How auch in Zukunft einbringen können. Wir wol-

---

len kein Bundessozialamt, sondern passgenaue, lokale Lösungen.

Deswegen treten wir für eine Änderung des Grundgesetzes ein, damit die Arbeitsgemeinschaften ihre erfolgreiche Tätigkeit fortsetzen können. Die kommunalen Mitarbeiter kennen die Sorgen und Nöte ihrer Kunden am besten. Sie wissen, welches Unternehmen Fachkräfte sucht. Sie helfen, die konkreten Probleme bei der Arbeitsaufnahme zu lösen – durch Unterstützung bei der Bewerbung, in der Kinderbetreuung oder bei der Schuldnerberatung.

Ich freue mich, dass eine Arbeitsgruppe aus Koalition und SPD das mittlerweile genauso sieht. Am Sonntag Abend hat man sich auf Eckpunkte verständigt: Die Verfassung soll geändert werden, die Argen bleiben bestehen, die Zahl Optionskommunen auf 110 erhöht. Eine Fachaufsicht von Bund oder Land wird es nicht geben. Trotzdem wird uns Hartz IV noch eine Weile beschäftigen – zwischen Verständigung auf Eckpunkte und einer endgültigen Grundgesetzänderung bleibt noch viel zu tun. Neue Herausforderungen kommen dazu:

Ich denke an die geplante Dienstrechtsreform. Der Ministerpräsident hat ein Expertengremium einberufen, um das Beamten-

---

recht zu überarbeiten. Dort werden wir kommunale Interessen vertreten. Die Dienstrechtsreform zeigt: Das Land nimmt die kommunalen Verbände ernst, bindet sie ein.

Überhaupt kann ich am Ende dieser Legislaturperiode feststellen: Land und Kommunen haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Die Politik in Düsseldorf war immer ansprechbar, hatte ein offenes Ohr für gute Argumente. Natürlich konnten wir nicht immer einer Meinung sein, aber wir sind immer konstruktiv und fair miteinander umgegangen. Das schafft gegenseitiges Vertrauen und Respekt. Auch dafür möchte ich mich bedanken.

Diesen fairen und offenen Umgang wünsche ich mir auch für ein Thema, das uns seit langem auf den Nägeln brennt: die Überarbeitung des NKF.

Die Entscheidung, die kaufmännische Buchführung zu übernehmen, war im Grundsatz richtig. Nur die Doppik zeigt uns, wo wir wirklich stehen. Jetzt müssen wir aber an die Feinabstimmung gehen. Viele Vorschriften passen nicht auf die besonderen Gegebenheiten der öffentlichen Verwaltung. Ich gehe fest davon aus, dass wir nach der Landtagswahl zu einer Regelung der strittigen Themen kommen werden.

---

Ich denke an die UN-Konvention zur gemeinsamen Beschulung von Behinderten und Nicht-Behinderten Kindern. Es mag pädagogische Gründe geben, die für den inklusiven Unterricht sprechen.

Eine Frage scheinen die Beteiligten aber nicht zu stellen: Wer bezahlt das denn eigentlich? Wer kommt für den behindertengerechten Umbau der Schulen auf, der Sporthallen, Mensen und so weiter und so fort? Die Kommunen können diese Last nicht alleine schultern. Auch hier muss gelten: Wer bestellt, bezahlt.

Vor ähnlichen Problemen stehen wir beim Ausbau der U3-Betreuung. Es ist richtig und wichtig, dass wir noch mehr tun für die frühkindliche Bildung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Beim Krippengipfel hatten sich Bund, Länder und Kommunen auf eine Ausbauquote von 32 Prozent in NRW geeinigt. Wer sich mit jungen Familien unterhält, weiß aber: Dabei wird es nicht bleiben. Weit mehr junge Frauen können sich vorstellen, ihre Kinder in die Krippenbetreuung zu geben.

---

Hinzu kommt ein Rutschbahneffekt: Je mehr öffentliche Angebote wir haben, desto mehr Eltern melden ihre Kinder in den privaten Einrichtungen ab und schicken sie zu uns. Der Grund: Öffentliche Einrichtungen sind billiger und oft auch besser als privatwirtschaftliche Angebote.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir freuen uns über jedes Kind, das unsere Angebote wahrnimmt. Besser können wir kommunales Geld gar nicht investieren als in die Ausbildung unserer Kinder.

Ich sage aber auch: Frühkindliche Bildung ist nicht nur eine kommunale, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe. Bund und Land sind in der Pflicht. Wenn die Betreuungsquote weiter steigt, muss nachgesteuert werden, brauchen wir frisches Geld. Sonst ist der Ausbau nicht zu schaffen.

Um's Geld geht es auch beim nächsten Thema: der Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Die ifo-Kommission wird ihren Bericht voraussichtlich noch vor der Landtagswahl vorlegen. In den Sitzungen der Kommission haben wir für einen zukunftsgerichteten und gerechten Finanzausgleich geworben. Ich sage das auch in Essen: Nordrhein-Westfalen ist mehr als das Ruhrgebiet. Das muss sich auch im Finanzausgleich wiederfinden.

---

Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden, nur so schaffen wir gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land!

---

In seiner diesjährigen Weihnachtsansprache hat Bundespräsident Horst Köhler die Bundesbürger ermutigt. Gerade in Zeiten wie diesen **„geht es darum, mit Ideen, Vernunft und Einsatz den Weg in eine gute Zukunft zu finden.“**

Die kommunale Familie hat schon viele Herausforderungen gemeistert. Ich bin mir sicher: Mit Tatkraft, Elan und Engagement überwinden wir auch diese Krise. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass unsere Städte und Gemeinden eine gute Zukunft haben, dass unsere Kommunen leistungsstark und bürgernah bleiben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

\*\*\*